

Antrag für den  
Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten, Integration und Gleichstellung  
am 23.1.2012

## **Fraktion im Rat der Stadt Göttingen**

**Geschäftsführung: Jürgen Bartz**

Tel: 0551-400-2785

Fax: 0551/400-2904

[GrueneRatsfraktion@goettingen.de](mailto:GrueneRatsfraktion@goettingen.de)

[www.gruene-goettingen.de](http://www.gruene-goettingen.de)

9.12.2011

# **Handlungstransparenz und Berichterstattung der Unteren Straßenverkehrsbehörde**

Der Ausschuss möge dem Rat zum Beschluss vorlegen:

Die Verwaltung bzw. die sog. "Untere Straßenverkehrsbehörde" wird beauftragt,

1. den zuständigen Ausschuss für allgemeine Angelegenheiten, Integration und Gleichstellung und die Öffentlichkeit vor der geplanten Umsetzung von verkehrslenkenden und ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu informieren, beispielsweise beim Auf- und Abbauen von Verkehrsschildern. Nur in unvermeidbaren Ausnahmefällen darf die Information nachträglich erfolgen.
2. den Mitgliedern des Ausschusses für allgemeine Angelegenheiten, Integration und Gleichstellung und des Bauausschusses regelmäßig die Protokolle der Verkehrskommissionen zukommen zu lassen.
3. mit den Budgetberichten auch über die Umsetzung der mit dem Haushalt beschlossenen Ziele zur Verkehrssicherheit und zur Unterstützung des Umweltverbundes (im Sinnes des beschlossenen Klimaschutzkonzeptes) Bericht zu erstatten.

### **Begründung:**

Mit der Umsetzung dieses Antrags soll die Transparenz des Handelns der Unteren Verkehrsbehörde erhöht werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die im Haushalt verankerten Produkte "Straßenverkehr" und "Stadtordnungsdienst" und die damit verknüpften Ziele. Als Beispiele seien hier genannt die Absenkung des 5-Jahresdurchschnitts der Unfälle mit Personenschäden, die Kontrolle und Ahndung von Geschwindigkeitsübertretungen und des rechtswidrigen Abstellens von Fahrzeugen auf Gehwegen und die verstärkten Sektionskontrollen in der Innenstadt. Die festgestellten Verstöße nehmen nach Darstellung der Verwaltung von Jahr zu Jahr ab, was mit der subjektiven Wahrnehmung vieler BürgerInnen nicht übereinstimmt.